

Schärferes Asylrecht, weniger Kita-Support – wie sich die Politik nun verändert

Ausrichtung des Parlaments Die SVP legt im Nationalrat stark zu, die Linke verliert. Dies sind die Folgen in den konkreten Dossiers.

— Migration und Asyl

Auf diese Themen hat die SVP in ihrem Wahlkampf gesetzt. Schluss mit Asylchaos, Zuwanderung begrenzen und keine EU-Anbindung waren die Slogans. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi kündigte unlängst eine «Grenzschutzinitiative» an und forderte unter anderem die Internierung von Geflüchteten. Auch die FDP und teilweise Die Mitte sprachen sich in den letzten Monaten für eine härtere Gangart in der Asylpolitik aus.

Falls diese Haltung der Parteien nicht nur dem Stimmenfang während des Wahlkampfes diene, wird die SVP auf Verschärfungen im Asylossier drängen. Der Druck auf die amtierende Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider dürfte steigen. Beim Thema Migration sieht es anders aus: FDP und Mitte sind sich der Fachkräfte-Problematik bewusst, weshalb sie in diesem Bereich der SVP kaum Hand bieten werden. Für sie ist die Personenfreizügigkeit mit der EU nicht verhandelbar.

— Energie- und Klimapolitik

Auf das neue Parlament wartet eine delikate Aufgabe: Wie kann die Schweiz ihre Stromversorgung sicherstellen, namentlich im Winter, wenn sie auf Importe angewiesen ist? Das Risiko einer Strommangellage ist nach dem letzten Winter zwar kleiner geworden, gebannt ist es aber nicht – allein schon, weil nicht klar ist, inwieweit die Schweiz ab 2025 in den europäischen Strommarkt eingebunden bleibt.

Diese Unsicherheit wird die Debatte um neue Kernkraftwerke weiter befeuern – selbst wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien, wie vom Parlament be-



Haben gesellschaftspolitische Anliegen wie Kitas künftig einen schwereren Stand im Parlament? Foto: Keystone

schlossen, nun stärker voranschreiten wird. Die erstarkte SVP wird mit der FDP auf die Aufhebung des Neubauverbots drängen und versuchen, Die Mitte dafür zu gewinnen. Zusätzlich Druck entwickelt die Volksinitiative «Blackout stoppen», die dasselbe Ziel verfolgt und bald eingereicht werden dürfte.

Die zweite grosse Baustelle ist die Klimapolitik. Das neue Parlament muss das neue CO₂-Gesetz ins Trockene bringen, also die Klimapolitik 2025 bis 2030 festlegen. Was bislang vorliegt, gilt als wenig ambitioniert, unter anderem, weil ein Grossteil der CO₂-Einsparungen im Ausland erfolgen soll. Klimaschützer befürchten, dass das nach rechts gerutschte Parlament die Vorlage weiter verwässern wird. Auch hier wird der Mitte-Partei eine Schlüsselrolle zukommen.

— Altersvorsorge

In der ersten und zweiten Säule wird das Volk dem Parlament in der ersten Hälfte 2024 die Richtung weisen. So wird über eine Erhöhung des Rentenalters («Renteninitiative»), über die 13. AHV-Rente und die BVG-Reform abgestimmt. Da die Chancen der jungfreisinnigen Renteninitiative gering sind, wird wohl das Parlament die nächste AHV-Reform zur Sicherung der Renten anpacken müssen.

Zuerst muss der Bundesrat aber seine Reformvorschläge präsentieren. Durch die Schwächung der Linken im Nationalrat wird sich das bürgerliche Lager noch häufiger durchsetzen.

— Krankenversicherung

Die steigenden Prämien waren eines der wichtigen Wahlkampfthemen. Auch in der Gesund-

heitspolitik dürfte die Schwächung des linken Lagers einen bürgerlichen Schulterchluss begünstigen. Allerdings wird auch hier das Volk in der ersten Hälfte 2024 die Weichen stellen. Die Mitte will mit ihrer Kostenbremseinitiative die zulässige Kostensteigerung festlegen und so den Prämienanstieg bekämpfen.

Die SP verlangt einen Ausbau der Prämienverbilligung. Falls das Volk einer oder beiden Initiativen zustimmt, muss das Parlament die Volksbegehren umsetzen. So oder so wird der Nachfolger von Gesundheitsminister Alain Berset neue Ideen zur Kostensenkung liefern müssen.

— Kitas

Die familienergänzende Kinderbetreuung und die Kitafinanzierung sind Themen, die tendenziell mehr Frauen betreffen. Doch das neue Parlament ist wieder männlicher. Der Frauenanteil ist von 42 auf 38,5 Prozent gesunken. Es könnte sein, dass gesellschaftspolitische Anliegen in den kommenden vier Jahren einen schwereren Stand haben.

Im letzten März hatte der Nationalrat mit einer Mitte-links-Mehrheit beschlossen, dass sich der Bund mit jährlich 710 Millionen Franken an günstigeren Kitaplätzen beteiligen solle. Kurz vor Beginn der Herbstsession aber beschlossen SVP, FDP und Mitte in der zuständigen Kommission des Ständerats, ein ganz anderes Modell zu prüfen, weil die Nationalratsvorlage zu teuer sei. Mit dem neuen Parlament könnte die Vorlage nun auch im Nationalrat einen schweren Stand haben.

Markus Brotschi, Nina Fargahi
und **Stefan Häne**